

Stellungnahme des Sozialverbands VdK Deutschland e. V.  
zum Entwurf einer Neufassung der Verordnung zum Anspruch  
auf Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2  
(Coronavirus-Impfverordnung – CoronaimpfV)

Sozialverband VdK Deutschland e. V.  
Abteilung Sozialpolitik  
Linienstraße 131  
10115 Berlin

Telefon: 030 9210580-300  
Telefax: 030 9210580-310  
E-Mail: [sozialpolitik@vdk.de](mailto:sozialpolitik@vdk.de)

Berlin, 20.05.2021

*Der Sozialverband VdK Deutschland e. V. (VdK) ist als Dachverband von 13 Landesverbänden mit über zwei Millionen Mitgliedern der größte Sozialverband in Deutschland. Die Sozialrechtsberatung und das Ehrenamt zeichnen den seit über 70 Jahren bestehenden Verband aus.*

*Zudem vertritt der VdK die sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder, insbesondere der Rentnerinnen und Rentner, Menschen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen sowie Pflegebedürftigen und deren Angehörigen.*

*Der gemeinnützige Verein finanziert sich allein durch Mitgliedsbeiträge und ist parteipolitisch und konfessionell neutral.*

## **1. Zu den Zielen des Gesetzentwurfs und den Maßnahmen der Umsetzung**

Mit der Neufassung der Verordnung zum Anspruch auf Schutzimpfung gegen das Coronavirus sollen die bislang geltenden Regelungen zur Priorität der Schutzimpfungen ab dem 7. Juni 2021 aufgehoben werden.

Zudem sollen künftig auch Betriebsärztinnen und Betriebsärzte sowie Privatärztinnen und Privatärzte gegen COVID-19 impfen können.

### **Bewertung des Sozialverbands VdK**

Der VdK kritisiert die Aufhebung der Priorisierung stark. Noch immer sind viele Menschen aus den Prioritätsgruppen I und II nicht geimpft. Menschen mit chronischen Erkrankungen, hohem Alter und Behinderungen haben es häufig nicht so einfach einen Impftermin zu vereinbaren. Bei uns melden sich immer noch Mitglieder, die eigentlich schon eine Impfeinladung erhalten haben sollten, aber sich noch immer die Finger wund telefonieren.

Diese Menschen konkurrieren jetzt in den Hausarztpraxen mit allen anderen um Impftermine. Die Hausarztpraxen sind teilweise telefonisch nicht mehr erreichbar, auch nicht für „normale Termine“ oder Rezepte.

Es sind erst 30 Prozent der Bevölkerung mindestens einmal geimpft. Der Anteil der Menschen über 65, mit chronischen Erkrankungen oder in einem medizinischen Beruf übersteigt diese Zahl deutlich. Wir schlagen daher vor, die Priorisierung beizubehalten, bis mindestens 50 Prozent der Bevölkerung geimpft sind. Die Länder könnten in sozialen Brennpunkten oder sonstigen Notlagen davon abweichen. Das wurde in der Vergangenheit bereits erfolgreich so gehandhabt.